



Jürgen Wenzel - Freie Wähler  
Stefan Schmitt - parteilos  
Haus der Fraktionen  
Hebelstraße 13  
76133 Karlsruhe

Email: [info@si-ka.eu](mailto:info@si-ka.eu)  
Internet: [www.si-ka.eu](http://www.si-ka.eu)

## Infobrief Nr. 3

Karlsruhe, den 18.01.2016

**Sehr geehrte Unterstützer/innen,**

das Alte Jahr ist vorbei – ein Thema bleibt: „Die Sicherheit in der Stadt“.

Obwohl wir im vergangenen Jahr mit der „Allianz für mehr Sicherheit“ viel Zustimmung in der Bevölkerung gefunden haben, ist es uns nicht gelungen, die Fraktionen im Gemeinderat dazu zu bewegen, Maßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung der Sicherheit auf den Straßen und Plätzen der Stadt einzuleiten.

Da zwei Einzelstadträte kein Antragsrecht haben, kam es zu der paradoxen Situation, dass das wichtige Thema Sicherheit, das vielen Bürgern unter den Nägeln brennt, im Jahre 2015 kein einziges Mal auf der Tagesordnung einer Plenarsitzung im Gemeinderat stand.

Im Neuen Jahr werden wir alles dafür tun, dass sich das ändert.

Nach unserer Anfrage zum Frauentaxi, bei dem wir eine weitere Anfrage zu den von der Stadt erwarteten Kosten vorbereiten, hatten wir im alten Jahr noch eine Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet, wie sie die Notwendigkeit der Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes sieht.

Der KOD in Karlsruhe hat zurzeit 20 Mitarbeiter. Von Kritikern werden die Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes oft belächelt, da sie keine Schusswaffe tragen und deshalb nicht als "vollwertige" Polizisten gelten. In unserem Gespräch mit dem Führungsstab des Polizeipräsidiums der Landespolizei hat sich allerdings ein ganz anderes Bild gezeigt.

Was die Kritiker vermutlich nicht wissen - es gibt eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei und dem städtischen KOD. Der KOD wird von der Leitstelle des Polizeipräsidiums mit Aufgaben betraut, die in den Bereich der Ordnungswidrigkeiten fallen und für deren Lösung normalerweise keine Beamten mit Schusswaffe erforderlich sind. Das heißt, der städtische KOD nimmt der Landespolizei eine Vielzahl von Aufgaben ab, die andernfalls bei der Landespolizei erhebliche Zeitkapazitäten binden und sie von ihren eigentlichen Aufgaben abhalten würden.

Der Beschluss des Gemeinderates im Jahre 2013, den KOD von 10 auf 20 Mitarbeiter aufzustocken, basierte auf den Einsatzzahlen des Jahres 2012. Von 2012 bis 2014 sind die Einsatzzahlen allerdings um 50% gestiegen. Damit ist eine weitere Aufstockung des Personals erforderlich. Andere Städte wie Mannheim oder Stuttgart haben die Kapazitäten ihres KOD in den letzten beiden Jahren an die gestiegenen Anforderungen angepasst.

Karlsruhe hat das nicht getan und deshalb ist es aus unserer Sicht an der Zeit, das nachzuholen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Belastung der Landespolizei in Karlsruhe in den letzten beiden Jahren ebenfalls drastisch gestiegen ist. Das zeigt, dass die Abschaffung des KOD, wie von der Kult-Fraktion in den Haushaltsberatungen aus Kostengründen gefordert, ein großer Fehler wäre.

In der Antwort der Verwaltung zu unserer Anfrage zum KOD – Anlage 1 - kommt zum Ausdruck, dass die Stadt Mannheim vorhat, ihren KOD noch deutlich weiter aufzustocken, als von uns in unserer Anfrage angenommen, nämlich auf 40 Mitarbeiter. Damit hätte Mannheim, das weniger Einwohner hat als Karlsruhe, einen KOD, der doppelt so stark ist, wie der in unserer Stadt.

Trotzdem schreibt uns die Verwaltung der Stadt Karlsruhe wortwörtlich:

***„Es obliegt den Fraktionen des Gemeinderates, entsprechende Anträge zu stellen. Die Verwaltung wird dies angesichts der derzeitigen Haushaltsstabilisierung nicht tun!“***

Obwohl die Verwaltung uns in ihrer Antwort auf unsere Anfrage darauf hinweist, dass Mannheim die Zeichen der Zeit erkannt hat, möchte Karlsruhe beim Thema Sicherheit sparen. Das halten wir für unverantwortlich.

Diese Begründung ist auch bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass wir ja auch einen Finanzierungsvorschlag gemacht haben. Unser Vorschlag war, die städtische Blaue Tonne abzuschaffen und die private Firma, die schon Papier in Blauen Tonnen eingesammelt hat, als es die städtische Blaue Tonne noch gar nicht gab, mit dieser Aufgabe zu betrauen. Damit würde die Stadt Jahr für Jahr rund 600.000 Euro sparen.

In ihrer Antwort auf unsere Anfrage schreibt die Verwaltung dazu unter Punkt D:

***„Die Stadt Karlsruhe hat sich bei der Einführung der Papiertonne auf keine finanziellen Experimente eingelassen (...) Der Gebührenzahler wird durch die Einführung der Papiertonne aus heutiger Sicht nicht belastet.“***

Bei der damaligen Abstimmung über die Einführung der städtischen Blauen Tonne war im Antrag der Verwaltung nur der jährliche Erlös für das eingesammelte Papier mit 893.676,50 €/a angegeben. Die Kosten fehlten, d.h. es wurde über eine Maßnahme abgestimmt, deren Kosten den Mitgliedern des Gemeinderates nicht bekannt waren.

Erst auf die nachfolgende Anfrage von Stadtrat Stefan Schmitt vom 15.12.2014 wie hoch der jährliche Kostenaufwand für das Einsammeln des Papiers ist, schreibt die Verwaltung folgendes:

***„Für die zusätzliche Einsammlung von PPK über die städtische Papiertonne werden zusätzliche Sammelkosten von 1.500.000 Euro pro Jahr angenommen.“***

Damit haben wir von der Verwaltung schwarz auf weiß - Anlage 2 - dass die Stadt mit der Blauen Tonne Jahr für Jahr mehr als 600.000,- Euro Verlust macht. Wenn das kein „finanzielles Experiment“ ist, was dann?

Dem Bürger ist es egal, wer das Papier einsammelt. Aber SPD und Grüne im Gemeinderat hatten ein Problem damit, dass eine private Firma mit ihrer Blauen Tonne Geld verdient. Deshalb haben sie das Einsammeln von Papier zur „Daseinsfürsorge“ der Stadt erklärt.

Die Privatfirma verdient Geld damit, weil sie das Papier nach dem Einsammeln trennt in weiße, graue und braune Ware, sowie in Pappe. Damit erzielt sie pro Tonne einen deutlich höheren Verkaufspreis als die Stadt, die keine eigene Sortieranlage hat und das Papier als Mischware verkaufen muss.

Für diese sinnlos ausgegebenen 600.000,- Euro könnte man den KOD um 10 MA aufstocken und davon hätten die Bürger in Karlsruhe etwas. Deshalb werden wir bei den nächsten Haushaltsberatungen die Aufstockung des KOD auf 30 MA fordern, denn bei der Beratung des Haushalts haben auch Einzelstadträte Antragsrecht.

Und als Gegenfinanzierung werden wir selbstverständlich wieder die 600.000,- Euro ins Feld führen, die man laut eigener Aussage der Stadtverwaltung mit der Abschaffung der städtischen Blauen Tonne einsparen kann.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Wenzel - Stadtrat



Stefan Schmitt - Stadtrat

Anlagen:

1. Stellungnahme der Stadtverwaltung zu unserer Anfrage zum KOD
2. Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Anfrage zu den Kosten der Blauen Tonne

<b>STELLUNGNAHME zur gemeinsamen Anfrage</b>  Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) Stadtrat Stefan Schmitt (pl)  vom: 26.11.2015 eingegangen: 26.11.2015	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>20. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>26.01.2016</b> <b>2015/0759</b> <b>27</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 2</b>
<b>"Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)" - Maßnahme als Lehre aus dem 3. Sachstandsbericht zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung</b>		

**A. Viele Kommunen haben in den letzten Jahren ihren „Kommunalen Polizeidienst“ aufgestockt. So Mannheim, das etwas weniger Einwohner hat als Karlsruhe, auf 30 Mitarbeiter/-innen und Stuttgart 60 Mitarbeiter/-innen. Obwohl die aufgeführten Diagramme den Mehrbedarf an KOD-Mitarbeitern aufzeigen, hinkt Karlsruhe dieser Entwicklung nach. Warum?**

Die genannten Zahlen aus Mannheim und Stuttgart über Beschäftigte beim Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) spiegeln die Personalstärke wider, die dort schon seit Jahren zu Grunde liegt. In Mannheim wird derzeit die Aufstockung des KOD auf 40 Personen diskutiert.

Eine weitere personelle Aufstockung des KOD in Karlsruhe wurde im Gemeinderat bisher – vor allem auch aus finanziellen Gründen – nicht diskutiert.

**B. Ist es richtig, dass sich der KOD – durch Bußgelder usw. – größtenteils selbst finanziert?  
1. Wenn JA – wäre dann eine Aufstockung nicht kostenneutral?**

Nein. Diese Aussage ist nicht richtig.

Nach dem Gemeinderatsbeschluss vom 2. März 2010 sollen die Bußgeldeinnahmen des KOD lediglich die einmaligen und die laufenden Sachkosten decken. Diese Vorgabe wird durch den KOD erfüllt.

**C. Die Sicherheit der Einwohner muss das herausragende Grundanliegen der gewählten Vertreter der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger sein. Warum wird die Aufstockung des KOD nicht im Gemeinderat thematisiert?**

Es obliegt den Fraktionen des Gemeinderates entsprechende Anträge zu stellen. Die Verwaltung wird dies angesichts der derzeitigen Haushaltsstabilisierung nicht tun.

---

**D. Die Stadt Karlsruhe leistet sich viele „finanzielle Experimente“. So zum Beispiel die „Blaue Tonne“, die den städtischen Haushalt jährlich mit ca. 600.000,00 Euro belastet. Wäre es nicht an der Zeit die „Blaue Tonne“ öffentlich auszuschreiben und an die Privatwirtschaft zu vergeben um das gesparte Geld lieber in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu investieren?**

Die Stadt Karlsruhe hat sich bei der Einführung der Papiertonne auf keine finanziellen Experimente eingelassen. Vielmehr ist die Einführung der Papiertonne zum einen der Umsetzung der Abfallwirtschaftsgesetze geschuldet und zum anderen ein notwendiger Schritt zur Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft sowohl in ökologischer als auch ökonomischer Hinsicht. Der Gebührenzahler wird durch die Einführung der Papiertonne aus heutiger Sicht nicht belastet. Hauptgrund sind die eingesparten Sortierkosten bei der Wertstofftonne, die die zusätzlichen Sammelkosten der Papiersammlung decken. Wie bereits dargestellt bewegt sich die Abfallwirtschaft im Übrigen im Gebührenhaushalt, während Ausgaben des Kommunalen Ordnungsdienstes im Steuerhaushalt zu berücksichtigen sind. Inwieweit und in welchem Umfang eine Ausschreibung der Papiersammlung günstigere Sammelkosten und dadurch Vorteile für die Stadt bringen könnte, kann im Vorfeld nicht eindeutig bewertet werden. Eine potentielle Einsparung im Gebührenhaushalt durch eine externe Papiersammlung könnte aber nicht für höhere Sicherheitsstandards der Bürgerinnen und Bürger verwendet werden, sondern würde allenfalls zur Stabilisierung der Abfallgebühren beitragen.

<b>STELLUNGNAHME zur Anfrage</b> Stadtrat Stefan Schmitt (pl)  vom: 15.12.2014 eingegangen: 15.12.2014	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>6. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>16.12.2014</b> <b>2014/0826</b> <b>22</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 5</b>
<b>Neustrukturierung der Wertstofffassung</b>		

**Der Erlös für die Vermarktung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) aus der städtischen Papiertonne wird mit 893.676,50 €/a angegeben.**

**Wie hoch ist der Kostenaufwand des Amtes für Abfallwirtschaft pro Jahr für das zweiwöchentliche Einsammeln der PPK und wie setzen sich diese Kosten zusammen?**

Neben der Beibehaltung der 14-täglichen Leerung der Wertstofftonne kommt die vierwöchentliche Leerung der Papiertonne hinzu.

Für die zusätzliche Einsammlung von PPK über die städtische Papiertonne werden zusätzliche Sammelkosten von 1.500.000 Euro pro Jahr angenommen. Damit erhöht sich der bisherige Sammelaufwand von 5.200.000 Euro pro Jahr auf 6.700.000 Euro pro Jahr.

Für die Sammlung der Wertstofftonne werden bisher 10 Touren pro Abfuhrtag eingesetzt, mit der zusätzlichen Sammlung von PPK kommen voraussichtlich drei weitere Touren hinzu.

Durch die schon im Sommer 2014 dargestellten Szenarien ergibt sich, dass sich durch die Einsparung bei der Sortierung als wesentlichstem Einsparpotential eine wirtschaftliche Verbesserung ergibt.